

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der BundesrätInnen Marco Schreuder, Nicole Schreyer, Heidi Reiter, Efgani Dönmez

betreffend Beibehaltung des Wissenschaftsministeriums

eingbracht im Zuge der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

BEGRÜNDUNG

"Die Abschaffung eines eigenständigen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung ist ein schwarzer Tag für Österreichs Universitäten und damit auch für die Universität Wien" (Rektor Heinz Engl)

Alle österreichischen Universitäten wurden deshalb "als Zeichen des Protests gegen den Verlust des eigenständigen Wissenschaftsministeriums" schwarz beflaggt. Das hat die Universitätenkonferenz zu Beginn ihrer Plenarsitzung in Graz einstimmig beschlossen.

Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei und müssen das auch bleiben. Es ist ein fatales Zeichen, ein vormals eigenständiges Wissenschaftsministerium in die Wirtschaft "einzugliedern"; nicht nur für die gesamte nationale und internationale Scientific Community, sondern auch für alle Studierenden und Universitätsangehörigen im Land. Studierende, WissenschaftlerInnen sowie Universitäten und außeruniversitäre Forschungsinstitutionen können und dürfen sich nicht „der Wirtschaft“ oder "dem Markt" unterwerfen. Von Grundlagenforschung werden immer stärker "am Markt verwertbare Erkenntnisse" verlangt. Dabei wird aber offenbar verkannt, dass ohne die freie Wissenschaft und Lehre an Hochschulen keine Grundlagen für Innovationen entstehen können.

Die Entscheidung der Bundesregierung, dem Wissenschaftsbereich nicht einen höheren Stellenwert einzuräumen und als wichtiges Zukunftsressorts zu betrachten, sondern das Wissenschaftsministerium aufzulösen und dessen Agenden in ein Ministerium mit völlig anderen Schwerpunkten zu verlagern, ist schlichtweg die Bankrotterklärung der österreichischen Wissenschaftspolitik.

Die unterfertigenden BundesrätInnen stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesministeriengesetzes vorzulegen, demzufolge das Wissenschaftsministerium als eigenständiges Ministerium erhalten bleibt.

